

Schwarzwälder Tageszeitung

Aus den Tannen Fernsprecher Nr. 11

Seit 1877

Amisblatt für den Bezirk Nagold und für Ulmensteig-Stadt. Allgemeine Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Verlagspreis: Im Monat Februar 1200 Mk. mit Bestellungsgebühr. Ein einzeln Exemplar 50 Mk. | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 50 Mk. Die Reklamzeile 300 Mk. Mindestbetrag bei Nichterfüllung der Bedingung infolge höherer Gewalt oder sonstiger Unfälle beträgt kein Kaputt auf Verrechnung. | Abdruckpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 50 Mk. Die Reklamzeile 300 Mk. Mindestbetrag bei Nichterfüllung der Bedingung infolge höherer Gewalt oder sonstiger Unfälle beträgt kein Kaputt auf Verrechnung.

Nr. 40. | Ulmensteig, Samstag den 17. Februar. | Jahrgang 1918

Sonntagsgedanken.

Was schüßt vor ungerader Bahn,
Bewahrt vor Lügen und Trügen?
Lüg allererst dich selbst nicht an,
Dichst andre nicht belügen.

Fr. Th. Fischer.

Zum Sonntag. Landesobsttag.

Von Prälat D. Pfland.

Ein Tag der gemeinsamen Beugung soll der Landesobsttag sein. Wenn sonst im Kümmerlein der einzelne Christ vor seinem Gott bekennt, was er gefehlt, fragt, was bei ihm anders werden müsse und für sich neue Vorsätze und Entschlüsse faßt, so soll am Landesobsttag die große Gemeinde an heiliger Stätte sich demütigen über gemeinsame Schuld und gemeinsam sich aufrufen zu neuem, geläutertem Leben.

Buße heißt „Sinnesänderung“. So hat es der große Bußprediger Johannes der Täufer und Jesus selbst als erste Forderung ausgesprochen: „Wendert euren Sinn!“ Haben wir nun wirklich unseren Sinn, unsere Richtung und Gesinnung geändert? Oder steht das nicht eben als Aufgabe vor uns? Wie mächtig ist unter uns die Oberflächlichkeit, die so viel als möglich Geld erhaschen, so viel als möglich genießen will. Wem ist die Seele, die eigene Seele, die Seele der Kinder, die Seele der Volksgenossen das wertvollste? Wie viele oder wenige denken zuerst an ihre Pflicht, stellen das Gemeinwohl unbedingt über den eigenen Vorteil und Gottes Reich über alle vergänglichsten Ziele? Ist es nicht immer noch so: ein Teil des Volks hungert und erliegt unter der Last, und ein anderer lebt in Ueberschuld und Leppigkeit!

Aber ist dann gerade jetzt der Ruf zur Buße am Platz? Brauchen wir nicht vielmehr Trost und Ermunterung? Ja, verdienen wir nicht jetzt als Volk geradezu Anerkennung, die einen dafür, wie sie leiden und kämpfen, die anderen dafür, wie sie sich einsetzen für die Brüder? Gottlob, daß dieser erste Lichtstrahl uns aufgegangen ist, daß wir Volk und Führer befeuert sehen von gutem Geist, daß wir uns nicht mehr schämen müssen über einer geradezu unerhörten Fortschrittlichkeit und Erbarmlichkeit in unserem öffentlichen Leben! Aber so steht es doch noch lange nicht, daß wir über alles Vorgesamte hinaus wären.

Zur Lage.

Trüben an der Ruhr und am Rhein, an der Hauptschlachtaber des europäischen industriellen Lebens, wie der englische Erminister Bonar Law dieser Tage im englischen Unterhaus diese deutschen, von Franzosen und Belgiern vergeblichen Provinzen bezeichnet, geht es nun auf Leben oder Tod der deutschen Wirtschaft. Die Lage hat sich in dieser Woche weiter verschärft, einmal im neu besetzten Gebiet selbst, dann aber auch in den diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich und schließlich auf der äußeren weltpolitischen Linie durch die Erklärungen der englischen Regierung im vorigen Parlament und die derzeitigen Verhandlungen zwischen Frankreich und England, bei denen es sich um den Eisenbahnverkehr über den Brückenkopf bei Köln handelt, den die Engländer besetzt halten.

Die Franzosen haben Wesel und Emmerich besetzt und damit die letzte Eisenbahnbrücke bei Wesel über den Rhein und die nördlich aus dem Ruhrgebiet führende Eisenbahnstrecke. Die Abschneidung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland ist damit vollständig. Die Besetzung von Emmerich ist auf handelspolitischem Gebiet von Wichtigkeit, weil sich dort der Uebergangsverkehr nach Holland abspielt. Im Ruhrgebiet selbst macht sich verstärkter Druck der Franzosen und Belgier auf der ganzen Linie bemerkbar. Sie mußten bereits, da der „friedliche Aktion“ durch den deutschen Widerstand nichts oder blutwenig erzielt hat, in Brüssel verhandeln, um sich über die Befragungsmethoden zu verständigen. Belgien hat, so verlautet, nicht das gleiche Interesse am Ruhrgebiet wie Frankreich und ist nur mit einem beschränkten Programm in die Aktion getreten. In Frankreich dagegen ist die mächtige Industriegruppe des Eisens und Stahls, das Comité des Forges, der treibende Geist für Poincaré und Millerand. Das siegesvolle französische Grubenkapital will im Ruhrgebiet herrschen und befehlen und hat deshalb die Politik der französischen Imperialisten (Weltbeherrscher) und die der

größten und ausschlaggebenden Partei, der Nationalisten, vor seinen Wagen gespannt. Das deutet sich mit der geistigen Atmosphäre des französischen Volkes, die seit Jahrzehnten im „Revolutionarismus“ und nach dem Krieg durch die libertäre „Siegerstimme“ großgezogen wurde, zugleich aber auch mit dem Charakter und der Gesinnung des französischen Volkes. Einer ihrer großen Geister, Voltaire, hat die wesentlichsten Eigenschaften der Franzosen mit dem eines „Tigers“ und „Affens“ verglichen. Das Vorgehen der Franzosen in volkreichen Städten an der Ruhr spiegelt diese Charakteristika wider. Die Gewalttaten, Brutalitäten, Ausweisungen, Verhaftungen, die zahllosen Zwischenfälle, die die Zeitung gar nicht alle registrieren, viel weniger in ihrer ganzen Rücksichtslosigkeit schildern kann, liegen alle in dieser Linie des blutigen und raubgierigen „Tigers“ und des hinterlistigen, rachsüchtigen „Affens“. Kann man etwa den Ueberfall auf einen friedlichen Schnellzug bei Wanne, der wie ein Indianer aus Wildwest anmutet, in den Vorkommnissen dieser Woche in Gelsenkirchen, Becklinghausen und Essen, bei denen friedliche Bürger in brutaler und gemeiner Weise behandelt, am Leben und Privatvermögen geschädigt, ja vertrieben und ermordet wurden, anders charakterisieren? Neben Beamten aller Art werden die Führer des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens, aber auch einfache Leute aus dem Volk davon betroffen. Dabei bleiben noch die ungeheuren Befehungs- und Requisitionslasten bei Landwirten, Kaufleuten und Gasthofbesitzern ganz außerhalb dieser Willkürakte. Nur eines kann den französischen Raubzug zu nichte machen: Die einheitliche treue Gesinnung der westfälischen Bevölkerung, die sie als geschlossene Abwehrfront an der Ruhr und am Rhein. Dieser Widerstand mit moralischen Mitteln, der passiven Resistenz, ist es, der das französisch-belgische Ruhrabenteuer bisher so erfolglos machte. Die Mittel sind höchst wirksam im Verkehrs- wie im Wirtschaftsleben. Sobald französische Gewalt eingreift, steht das Rad der Arbeit still. Mit der militarisierten Eisenbahn haben die Franzosen bisher nur wenige Kohlenzüge hinausgeschafft, und mit der verschärften Blockade, durch die die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen, vor allem aus der Metallbranche, unterbunden wurde, wird es nicht viel besser gehen. Die moralische Seite der Frage ist von den Franzosen ein selbst beantwortet worden, als französische Kriegsgerichte nordfranzösische Industrielle aburteilten, weil sie im Verdacht standen, 1914-1918 mit den Deutschen Geschäfte gemacht zu haben. Wenn heute im „Frieden“ — damals war bekanntlich „Krieg“ — deutsche Männer ihrem Vaterland durch Verweigerung der Dienste an die französische Eindringlinge die Treue halten, so tun sie nur ihre Pflicht. Mag Frankreich, wie es täglich aus der Presse ist, „andere Maßregeln“ ergreifen, an der moralischen Berechtigung des deutschen Widerstands kann es nicht rütteln. Und gerade dieser Widerstand ist es, der die Achtung Deutschlands unter allen Weltvölkern in diesen fünf schweren Wochen wieder gefestigt hat.

Neben der Ruhrbevölkerung steht die badische Bevölkerung des Oberrheingebiets unter französischer Bedrückung und Ausbeutung, aber auch im selben festen Abwehrkampf, geführt durch das deutsche Volk. Reichspräsident Ebert und Innenminister Dezer haben bei ihrem Besuch in Karlsruhe, Mannheim und Darmstadt den festen Willen zur Einheit und Treue für das Reich gefördert, und aus Württemberg ist durch Staatspräsident Dr. Pieber das Bekenntnis zum Durchhalten in der Abwehr gegeben worden.

Auf diplomatischem Gebiet geht der Notenkrieg zwischen Deutschland und Frankreich weiter. Kein Tag vergeht, an dem nicht die deutsche Regierung irgendeine Protestnote in Paris und Brüssel überreichen läßt gegen die wahnwitzigen Gewalttaten im neubesetzten Gebiet. Poincaré und Millerand, die beiden Hauptmacher, haben immer ihre Ausreden und Abweisungen, die man nachgerade nicht mehr ernst nimmt. Den deutschen Ministern wagten sie, zu verbieten, das besetzte Gebiet zu betreten. Kurz und bündig wurde diese Forderung zurückgegeben und als rechtswidrig erklärt. Neuerdings hat sich auch die Rheinlandkommission als die Verwalterin des alsbaldigen Gebietes ins Zeug gesetzt und Bewordnungen erlassen, die erkennen lassen, daß die Kommission nur ein Werkzeug Poincarés ist. Und trotz dieser Helfer bis jetzt eitel Mißerfolg mit aller Gewaltspolitik! Kein Wunder, daß der zähe und beharrliche Franzose nach neuen Mitteln sucht, um den deutschen Widerstand zu

brechen. Gerüchte und Andeutungen gehen in der Presse um über Befehungsabsichten gegen alte deutsche Hafenstädte wie Hamburg und andere, daß Frankreich als im Kriegszustand mit Deutschland befindlich sich erklären wolle usw. Alles nur Merkmale jener Gewaltpolitik, die Kohlenperre, Ausfuhrverbot für Industrieerzeugnisse und Jagd auf Kraftwagen, mit denen zur Zeit die Lebensmittelzufuhr an der Ruhr benemertigt wird, verfügt und die letzten Endes zu Blutvergießen führen muß. Das ist Katastrophenpolitik.

Das Stichwort „Katastrophe“ ist in London durch Bonar Law in seiner Unterhausrede gefallen. Die englische Regierung habe den Angriff auf das Ruhrgebiet für einen gefährlichen und für das Wirtschaftsleben Europas verhängnisvollen Schritt gehalten. Frankreich habe sich selbst schwereren Schaden zugefügt als Deutschland. Es habe so gut wie nichts erhalten. Bonar Law sieht dunkel in die Zukunft, er ist besorgt um das Schicksal der Entente, darum will er weiter „zuvarten“, will die englischen Truppen in Köln belassen, trotzdem er überzeugt ist, daß Frankreich mit der Durchführung seines Ruhrplanes eine Katastrophe herbeiführen wird. Dieses Zuvarten befolgt auch Amerika, obwohl dort nun Entschlüsse im Senat eingebracht sind, die Frankreichs Vorgehen verurteilen. Immerhin behält man in England eines im Auge: zu intervenieren, das heißt durch Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich eine Verständigung zu erzielen. Da aber die beiden Gegner, Deutschland und Frankreich, auf ihren Standpunkten beharren, dort in passivem Widerstand, hier in lustig-schändlicher Gewaltpolitik, wird sich kaum eine „Interventionsmöglichkeit“ ergeben. Trotz einiger wenig erfreulicher Erscheinungen bei den deutschen Linkspolitikern bleibt die Stellungnahme der Reichsregierung nach wie vor richtunggebend: Keine Verhandlungen, ehe die Franzosen und Belgier nicht das Ruhrgebiet räumen.

Noch zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Woche einige Bemerkungen! Der Dollar ist von rund 50 000 Mark auf 18 000 Mark gesunken. Die deutsche Mark hat also ihren Wert in der Welt bedeutend verbessert, was auf Maßnahmen der Reichsbank und des Reichsfinanzministeriums im Handel mit Devisen zurückzuführen ist. Eine erfreuliche Tatsache! Es ist nur zu wünschen, daß diese Besserung anhält und dauernd ist. Immerhin ist für die Industrie die Ausfuhrmöglichkeit dadurch beschränkt. Auch die Warenpreise werden im Preisabbau in den nächsten Wochen folgen müssen. Nachdem erscheint dieser Dollarkurs und diese Markbesserung als trügerische Hoffnung angesichts der politischen Lage Deutschlands. Gleichzeitig mit der Besserung der Mark hat sich der Kurs des französischen Franken in der Welt verschlechtert, was mit der französischen Gewaltpolitik zusammenhängt. Hoffen wir, daß es gelingt, unser Finanzwesen weiter der Besetzung entgegenzuführen. So schließt die Woche mit nicht hoffnungsvollem Ausblick trotz Kampf und Uebertönung, Not, Elend und Verarmung, die das deutsche Volk noch bedrücken.

Das französische Gewaltregiment.

Weitere Verhaftungen in Offenburg.

Offenburg, 16. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Am Donnerstag nachmittag 5 Uhr wurden in Offenburg die Amtsmänner Dr. Maier und Müller, welche die Amtsgeschäfte des ausgewiesenen Oberamtmanns Schwärzer übernommen hatten, von den Franzosen verhaftet. Amtmann Peter hat jetzt die Dienstgeschäfte übernommen.

W.D. Karlsruhe, 16. Febr. Aus Offenburg wird berichtet: Amtmann Peter, der zur Festhaltung von Schwärzer nach Offenburg entsandt worden war, wurde von den Franzosen ausgewiesen. Nachdem die höheren Beamten vom Bezirksamt entfernt worden waren, wurden die übrigen Beamten von franz. Soldaten aus dem Bezirksamt hinausgetrieben.

Ludwigshafen, 16. Febr. Hier kamen zwei Eisenbahnwagen durch, in denen sich deutsche Schutzpolizeibeamte, die im Ruhrgebiet von den Franzosen verhaftet worden waren, befanden. Da die pfälzischen Eisenbahner sich weigerten, die beiden Eisenbahnwagen weiterzubefördern, entstanden im Lugsverkehr größere Störungen. Die deutschen Schutzpolizeibeamten sollen nach Saarbrücken gebracht und dort im Jellengefängnis untergebracht werden. Bei ihrem Aufenthalt in Ludwigshafen wurden sie sehr scharf bewacht. Es gelang ihnen aber, einen Fettel herauszuhängen, auf dem stand, daß sie bisher keinerlei Rührung erhalten hätten.

Essen, 16. Febr. In Kirchellen bei Dortmund drangen die Franzosen gewaltsam in den Keller des Amtmanns ein und beschlagnahmten „Kohlen“. Ein Auto mit Rohngeldern der Feste Swald in Recklinghausen, das von den Franzosen angehalten wurde und beschlagnahmt werden sollte, suchte sich dem Zugriff der Räuber zu entziehen. Darauf besetzten die Franzosen die Festeingänge mit Maschinengewehren und Kanallerte. Öffneten gewaltsam die Tore und verhafteten den Betriebsrat, der allerdings später wieder freigelassen worden ist.

Sellenkirchen, 16. Febr. Die Freilassung der sechzehn hier verhafteten und nach Recklinghausen geschleppten Schutzpolizeibeamten erfolgte in der Art, daß in Abständen von je einer halben Stunde immer drei Mann freigelassen wurden, damit ihre Freilassung möglichst unbemerkt von der Öffentlichkeit vor sich gehen sollte. Wie die Beamten erzählten, sind sie zunächst einen Tag und die darauffolgende Nacht ohne Essen und Speise gelassen worden. Erst am zweiten Tag ihrer Haft gegen Abend erhielt jeder ein kleines dünnes Brot und etwas Suppe. Sonst haben die Beamten nichts erhalten. Den Schwerverletzten wurden die Wunden nicht verbunden.

Neue Gewalttaten im Ruhrgebiet.

Dortmund, 16. Febr. Oberbürgermeister Dr. Eichhoff ist unter großem Truppenaufgebot von den Franzosen aus seinem Amtszimmer im Rathaus herausgeholt und abtransportiert worden.

Essen, 16. Febr. Vor dem Kriegsgericht standen heute die Oberbürgermeister Hagenstein von Oberhausen und Schäfer von Essen. Gegen Hagenstein beantragte der Staatsanwalt 10 Jahre Zuchthaus. Die Verweigerung der Stromlieferung sei Sabotage gewesen.

Die Ergreifung der Bahnen.

Paris, 16. Febr. Ueber die angeforderte Verstärkung des französischen Eisenbahn- und Telegraphenpersonals im Ruhrgebiet hat der französische Kriegsminister an den Senat einen Brief gerichtet, in dem es heißt: Angesichts der Verhinderung der deutschen Beamten haben die französische und die belgische Regierung beschlossen, um nicht die Sicherheit ihrer Truppen zu gefährden, die Verkehrswege im besetzten Gebiet ganz in ihre Hände zu nehmen. Diese neue Lage fordert eine Verstärkung des französischen Personals, das ausschließlich aus freiwilligen Kräften besetzt werden soll. Indessen ist eine gewisse Uebergangszeit zur Einarbeitung der freiwilligen Angestelltenkräfte notwendig und zu diesem Zweck kann es nicht vermieden werden, daß die militärisch einberufenen Kräfte noch einige Zeit an Ort und Stelle bleiben, ehe sie abgelöst werden. Auf Grund der Vollmacht der Regierung über die Rekrutierung der Armee wurde beschlossen, das militärische Personal der Abteilungen für Eisenbahn und Telegraphendienst, das zu militärischen Leistungen ins Ruhrgebiet einberufen wurde, vorläufig unter den Fahnen zu halten.

Ein Appell an die Arbeiterschaft der ganzen Welt.

Zugleich mit der Warnung erlassen die vier Verbände der Bergarbeiter einen Aufruf an die Arbeiterschaft der Welt, in dem es heißt:

„Mitten im Frieden ist die Bevölkerung des Rhein- und des Ruhrgebiets von der französisch-belgischen Militäranwalt überfallen worden. Die organisierte Arbeiterschaft ganz Deutschlands hat den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus aufgenommen. Diesen Kampf führt sie nicht mit militärischen Waffen und Gewalt, sondern durch passiven Widerstand gegenüber gewaltsamer Unterdrückung und Knechtung. Missetatungen, Ermordungen und Vergewaltigungen friedlicher Menschen sind die Spuren des französisch-belgischen Militarismus. Der Druck der Fremdherrschaft trifft ganz besonders die Arbeiter, die Frauen und die Kinder, die alten Invaliden, die Witwen und die Waisen schwer. Das Vorgehen der Besatzungstruppen wird die Arbeiterschaft Deutschlands in ihrem Widerstand nicht schwächen. An euch, Arbeiter der Welt, wenden wir uns, uns in diesem Kampf zu unterstützen, denn unser Sieg ist auch euer Sieg.“

Neues vom Tage.

Sperrung des Güterverkehrs von der Schweiz.

Basel, 16. Febr. Infolge der starken Ueberlastung der Umleitungstrecke Basel—Landskron—Zimmern—Stuttgart seit der Unterbrechung in Offenburg ist der gesamte Güterverkehr von der Schweiz nach Deutschland mit Ausnahme des Verkehrs aus Südbaden seit Freitag morgen gesperrt worden.

Englands Haltung.

London, 16. Febr. Das britische Kabinett hat die von den Franzosen gemachten Vorschläge behandelt. In politischen Kreisen wird ein ziemlicher Pessimismus gegenüber einem französischen Erfolg an den Tag gelegt. Das französische Verlangen stellt die englische Regierung vor die Alternative, ihre Neutralität im gegenwärtigen Konflikt anzugeben, oder die englische Zone am Rhein zu räumen. Das Ergebnis der Verhandlungen ist also ausschlaggebend für die zukünftige englische Politik.

Neuer Verfehlungsbeschluss.

Paris, 16. Febr. Die Reparationskommission hat über die Rückerstattung von Maschinen und Materialien an Belgien und Frankreich mit 3 Stimmen bei einer Stimmenthaltung — der des englischen Vertreters — die Verfehlung Deutschlands festgesetzt.

Französischer Kredit an Polen.

Paris, 16. Febr. Die französische Kammer hat nach kurzer Diskussion die Vorlage über die Gewährung eines Kredits von 400 Millionen Franken an Polen mit 515 gegen 68 Stimmen genehmigt.

Die Freigabe von Memel.

Memel, 16. Febr. Die Memeler Landesverwaltung wird von der Regierung Simonaitis an das neue von der Sonderkommission der Botschafterkonferenz in Aussicht genommene Landesdirektorium (Landespräsident:

Gastluis, Direktoren: Borchert und Strickus als Taurer, sowie Hall und Pannars als Deutsche) übergeben. Der Oberkommissar Reisine wird, wie von litauischer Seite erklärt wird, sich nach der Entscheidung über das Memelgebiet mit den französischen Truppen einschiffen.

Neue Unruhen im Memelgebiet.

Paris, 16. Febr. Reuter meldet: Es wird ein Wiederaufleben der Unruhen in Memel angekündigt. Bewaffnete Banden haben sich der Stadt bemächtigt. Man glaubt, daß die litauische Regierung nicht ganz frei von jeder Verantwortung ist. Die Botschafterkonferenz war bei ihrer Zusammenkunft bereit, der litauischen Regierung die Verwaltung der Stadt zu übertragen. Es ist aber möglich, daß die neue Wendung eine Aenderung dieses Planes herbeiführen wird.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Febr.

Der Reichstag behandelte am Donnerstag den Haushalt des Innenministeriums. Dr. Barth (D.nat.) begrüßte den einstimmigen Einspruch des Hauses gegen den französischen Ruhereinfall und kritisierte die sächsischen Verfügungen auf Beschränkung einiger christlicher Feiertage und die Entziehung der finanziellen Grundlage für die Kirche in Sachsen, er griff die Sozialpolitik des sächsischen Ministeriums an, das seine Beamten durch Druck auf den Wagen zu Republikanern erzehlen wollte.

Sächsischer Minister Lipinski wies die Angriffe auf die sächsische Regierung als unwahr zurück. Es seien lediglich zwei Budgettage aufgehoben worden. Es sei auch nicht wahr, daß Hunderte von Beamten wegen der politischen Gesinnung entfernt worden seien. Es seien nur einzelne gestraft worden, weil sie die Republik durch Altvormerke geschmäht hätten. Ebenfalls wenig treffen die am Mittwoch aufgestellte Behauptung des Abg. Dr. Schreiber (Centr.) zu, daß Sachsen die schlechteste Polizei in Deutschland habe.

Dr. Mareßky (D.Sp.) bestritt, daß die deutschen Monarchisten Gegner des heutigen Staates seien. Die Deutsche Volkspartei sei ebenso wenig staatsfeindlich wie die Sozialdemokratie, die ja auch eine andere Staatsform, nämlich die sozialistische, erstrebe. Abg. Teltus (Dem.) forderte Maßnahmen, um den schanlosen Arbeiter das Handwerk zu legen. Das Vorgehen müsse schnellstmöglich verabschiedet werden. Die Maßnahmen gegen die Schlemmerlei dürfen nicht zu unbilligen Schädigungen des soliden Gastwirtsberufes führen. Der Redner hofft, daß über das Reichsschulgesetz bald eine Verständigung gefunden werde. Abg. Leicht (Waper. Sp.) betont den zentralistischen Charakter der nationalsozialistischen Bewegung in München und hebt gegenüber dem Minister Lipinski hervor, daß in religiösen Dingen der Staat über die Gewissen nicht eine Diktatur ausüben könne. Man müsse Gott mehr gehorchen als den Menschen. Abg. Eichhorn (Komm.) lehnt die nationale Einheitsfront in der Ruhrfrage ab.

Württembergischer Landtag.

Vertrauensvotum für Minister Reil mit 57 gegen 28 Stimmen.

Stuttgart, 16. Febr.

Auch die Freitag-Vormittagsitzung des Landtags war wieder ausgefüllt durch eine teilweise recht erregte Debatte über den Misstrauensantrag der Bürgerpartei und des Bauernbundes gegen den Arbeitsminister Reil. Staatspräsident Dr. Hieber gab namens des Staatsministeriums eine Erklärung ab, in der es heißt: „Auch in einer Koalitionsregierung bleibt es jedem Minister unbenommen, seine oder seiner Partei besondere Stellung in einer einzelnen politischen Frage auch in öffentlicher Versammlung kundzugeben, sofern dabei nur die Einheitslichkeit in der Gesamthaltung des Staatsministeriums gewahrt bleibt. Diese Voraussetzung trifft für die Markbacher Rede des Ministers Reil unzweifelhaft zu. Nach den Mitteilungen, die er über den Verlauf der Versammlung und über die leitenden Gedanken seiner Rede gemacht hat, hat er die Notwendigkeit des Zusammenstehens aller Berufsstände und aller Parteien im Abwehrkampf gegen die brutale Gewaltpolitik Frankreichs, die Notwendigkeit der Unterstützung der Reichspolitik durch das gesamte deutsche Volk mit aller Entschiedenheit betont. Es besteht daher kein Grund zu der Annahme, daß diese Rede mit der Haltung, welche die österr. Regierung in der gegenwärtigen politischen Lage für geboten hält und wiederholt öffentlich behauptet hat, in Widerspruch stehe. Vielmehr ist ein so unbedingter Antrag geeignet, bei unseren Gegnern durchaus falsche Vorstellungen über die Einmütigkeit in der Haltung des deutschen Volkes und der deutschen Regierungen hervorzurufen. Wir sind einig in dem Bedauern über den Antrag, seinen Inhalt und seine Begründung, einzig auch in dem Vertrauen, daß Minister Reil nicht nur seine verfassungsmäßigen Pflichten durchaus erfüllt, sondern der württ. Staatsregierung und mit ihr der Reichsregierung in dem uns aufgezwungenen Abwehrkampf gegen französische Gewalt treu zur Seite steht.“

Die Aussprache hatte das Ergebnis, daß ein Antrag Röhrer (Ztr.), Heymann (Soz.), Schref (Dem.) und Vides (D.Sp.) mit 57 gegen 28 Stimmen der Rechte sowie der Kommunisten angenommen wurde: „Der Landtag nimmt Kenntnis von den Darlegungen des Ministers Reil über die von ihm in den Fragen der nationalen Interessen eingenommene Haltung und spricht sein Einverständnis mit der Erklärung der Regierung aus.“

In der Aussprache hatte Dr. Schott (W.) das Vorgehen der Rechte gegenüber dem Arbeitsminister Reil nochmals eingehend begründet, nachdem Abg. Ulrich (Soz.) dieses als einen systematisch vorbereiteten hinterhältigen Angriff gegen Reil gekennzeichnet hatte, als einen politischen Strauchritterakt des Abg. Bazille. Dr. Schott erklärte demgegenüber, daß von einem persönlichen Nachgefühl des Abg. Bazille gegenüber Reil keine Rede sein

konnte. Darauf wandte sich Schref (Dem.) gegen das Vorgehen der Rechte. Abg. Heymann (Soz.) polemisierte gleichfalls scharf gegen die Rechte. Reil erklärte, daß verschiedene Wendungen im dem durch die Presse gegebenen Bericht schief dargestellt oder gar nicht gefallen seien. Abg. Holz (Z.) bedauerte den Verlauf der weitläufigen Debatte, durch die das Ansehen des Landtags vor dem Volk herabgesetzt werde. Auch Vides (D.Sp.) lehnt eine Einmischung in die Auseinandersetzung ab und bedauerte das Vorgehen der Rechte. Staatspräsident Dr. Hieber betonte die dringende Notwendigkeit des nationalen Zusammenhalts und die Vermeidung alles dessen, was zu einer Störung der Einheitsfront führen könnte. Nachdem auch noch Bazille (W.) wiederholt in die Debatte eingegriffen, wurde der Etat des Arbeits- und Ernährungsministeriums in seinem grundlegenden Kapitel 31 angenommen, dazu der Antrag Brand (Dem.), wonach bei besonders schweren Vorkommnissen auch auf Zuchthaus und Vermögensentziehungen soll erkannt werden (bei 19 Enthaltungen der Rechte). Abgelehnt wurden die kommunistischen Anträge zum Achtstundentag. In einer Abendjession wurde die Beratung weitergeführt.

Aus Stadt und Land.

Abensberg, 17. Februar 1923.

Für die Ruhrhilfe wurde von Arbeitern der Metallfabrik Walz hier 2 Ueberstunden mit M. 39 772. — gespart. Dieser Betrag wurde von Herrn Walz auf die Summe von M. 170 000. — erldt.

Sängliches. Nach 1 1/2 Jahre Pause hat der Siederkran nunmehr seine Singstunden wieder, jeweils Donnerstags, aufgenommen unter der Leitung von Herrn Hauptlehrer Hald-Neuberg, der mit Ibseller Hingbe, gepaart mit sicherem Können, zu den besten Hoffmannen berechtigt. Der gemischte Chor „Harmonie“ führt unter der guten Leitung von Herrn Hauptlehrer Duppel-Garrweiler, Wdgt. unter der Frau Hald-Doppel der Gesang und das deutsche Lied eine würdige Pflegestätte finden und beiden Vereinen ein inneres Gelingen bringen.

ep. Nicht nach Holland! Das Nachrichtenblatt des Reichsanwanderungsamts teilt eine in der „Deutschen Wochenzeitung“ für die Niederlande“ kürzlich veröffentlichte dringende Warnung vor der Einwanderung nach Holland mit. Darnach führt infolge der in Holland um sich greifenden Arbeitslosigkeit der Weg der deutschen Einwanderer, die nicht eine völlig gesicherte Stellung in Aussicht haben, unbedingt „ins Elend, zur Schande“. Das gilt von deutschen Erzieherinnen ebenso wie von früheren Offizieren und stieflosen Kaufleuten, namentlich aber auch von den Dienstmädchen. Die holländischen Dienstmädchen, die in die Kontore und Fabriken abgewandert waren, kehren jetzt infolge der allgemeinen Geschäftsstille scharenweise in ihre frühere Arbeit zurück und werden vor den deutschen Dienstmädchen bevorzugt. Reisen diese dann nicht sofort heim, so gehen sie entweder zu Grunde oder fallen den deutschen Hilfsvereinen, die sie mit schweren Opfern heimzuführen müssen, zur Last.

ep. Das Opfer am Landesbühntag ist, wie alljährlich, bestimmt für die in der Verwaltung der Oberkirchenbehörde stehende evang. Studienhilfe, die tüchtigen Söhnen des evangelischen Volkes den Zugang zum Streberdienst erleichtern soll. Sie hat diesem Zweck auch im letzten Berichtsjahr wieder mit Erfolg gedient und es ist ihr dabei ein durch namhafte Spenden und Opfer sich belundenes Verständnis aus der Mitte der Gemeinden entgegengebracht worden. Infolge des erschreckenden Steigens der Kosten für alle Lebensbedürfnisse steht sie sich vor neue große Aufgaben gestellt und bedarf deshalb der unermüdlichen und vermehrten Unterstützung der evang. Kirchengenossen.

U. An die Landwirte Württembergs. Von Seiten des Landwirtschaftlichen Hauptverbands und des Schwäbischen Bauernvereins wird folgende Erklärung übersandt: Nach eingehender Prüfung sind der Landwirtschaftliche Hauptverband Württemberg und Hohenzollern und der Schwäbische Bauernverein zu der Ueberzeugung gekommen, daß beide Organisationen die gleichen Ziele verfolgen. Um alle weiteren Störungen im Landw. Organisationsleben zu vermeiden und möglichst den Einfluß in der Öffentlichkeit noch zu stärken, haben beide Organisationen beschlossen, sich ab 15. Februar 1923 zu einer Organisation zu vereinigen. Die neue Organisation wird also in Zukunft die einheitliche Interessenvertretung der württembergischen Landwirtschaft darstellen. Sie wird sich fernhalten von allen konfessionellen und parteipolitischen Fragen und wird sich lediglich mit Wirtschaftspolitik beschäftigen. Die Geschäftsstelle in Ulm bleibt erhalten. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik wird als auf ein weiteres durch ein Gesamtpräsidium geleitet, das aus den bisherigen Vorständen gebildet wird. Wir hoffen, daß die Mitglieder der beiden Organisationen im Interesse der württembergischen Landwirtschaft diese Vereinigung im ganzen Land unterstützen und etwaige Bedenken selbstlos zurückstellen, damit unsere heimische Landwirtschaft im öffentlichen Leben die Stellung erhält, die ihrer Bedeutung und Stimmenzahl entspricht.

Stuttgart, 16. Febr. Trauerfeier für den Abg. Löchner. Auf dem Pragfriedhof wurde der durch einen Schlaganfall so jäh dem Leben entrissene Landtagsabgeordnete Oberlehrer Johann Löchner durch Feuer bestattet. In der großen Trauerversammlung, die die Krematoriumshalle füllte, waren Staatspräsident Dr. Hieber, die Minister Holz, Reil und Dr. Schall, sowie zahlreiche Landtagsabgeordnete aller Fraktionen einschließlich der Kommunisten, viele Lehrer aller Schulstufen, Mitglieder des Oberkirchenrats und der Oberkirchenbehörde, Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager u. a. Die Trauerfeier wurde eingeleitet von einem Leichenwägen

Wegor. Im Trauertogessenssaal schlief der Gedichtliche, Stadtpfarrer Müller, an das Dichtwort an: „Nacht tritt der Tod den Menschen an“. Präsident Walter legte namens des Landtags einen Lorbeerkrantz nieder. Seine Arbeit und Schaffenskraft und die ganze Art, wie er im Landtag seine Anschauungen vertrat, werden ihm allzeit ein ehrendes Gedenden sichern.

Stuttgart, 16. Febr. Neue Preiserhöhungen. Der Gaspreis wurde um 190 M. für den Kubm. auf 450 M., der Strompreis auf 950 M. bzw. 650 M. bzw. 600 M. pro Kw. erhöht. Auch die Fleischpreise sind erneut heraufgesetzt worden. Schweinefleisch kostet 3700 M., Hammelfleisch 3500 M., Schaffleisch 3600 M.

Einstellung des Sonntagsverkehrs auf den Nebenbahnen. Infolge Kohlenmangels sieht sich die Direktion der B. u. W. Eisenbahngesellschaft gezwungen, an Sonn- und Feiertagen den Betrieb auf den Bahnen Amstetten—Gerstetten, Amstetten—Vaihingen, Vaihingen—Enzweihingen und Gaildorf—Untergröningen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde bis auf weiteres eingestellt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Erwald Vogtherr. Reichstagsabgeordneter Vogtherr (Soz.) ist am Dienstag abend in Berlin, nachdem er am Vormittag noch der Reichstagsführung beigezogen, plötzlich einem Herzschlag erlegen. Er war auch Justizminister in Braunschweig.

Die Zehntausendmark-Briefmarke in Sicht. Mit dem Inkrafttreten der neuen Wechselordnung vom 15. Januar sind von den vorhandenen Freimarken die Marken zu 3, 6 und 12 M. entbehrlich geworden; sie sollen neherher aufgebraucht werden. Neue Freimarken zu 25 M. befinden sich in Herstellung. Die Freimarken bis zum Werte von 500 M. werden künftig nur noch in der gewöhnlichen Markengröße gedruckt werden. Die größere Form kommt für die Werte von 1000 M. in Anwendung. Die Herstellung von Marken zu 1000 und 2000 M. ist bereits veranlaßt worden. Marken zu 3000, 5000 und 10 000 M. sind in Aufertigung begriffen.

Buntes Allerlei.

Flegertod. Der Flegler Schulz freilich in Magdeburg bei einer Landung einen Bretterbaum. Das Flugzeug überschlug sich und fing Feuer. Der Flegler, der darunter geriet, verbrannte.

Kaubüderfall. Vor dem Postamt in Teltow bei Berlin hielt ein Automobil, dem 7 bis 9 junge Burschen entstieg, die sich sofort in das Postamt begaben und dort mit einer Pistole die Beamtinnen in Schach hielten. Um sich unkenntlich zu machen, hatten sie schwarze Masken vor ihre Gesichter gezogen. Sie raubten die Bestände an Brief- und Wertmarken im Betrage von etwa zwei Millionen M. Um eine Benachrichtigung der Polizei zu verhindern, zerhackten sie vor ihrem Weggang die Fernsprechleitungen.

Zu Städte zerrissen. Auf dem Töbertzer Übungsgelände bei Berlin fanden drei Geschosssammler, die trotz des Verbots den Platz nach Blindgängern und Sprengstücken absuchten, eine nicht geplante mittelgroße Mine und wollten sie in einem Kinderwagen wegschaffen. Untermwegs ging der unheimliche Fund los und riß die drei Kinder in Stücke.

Sierjaches Todesurteil. Nach dreitägiger Verhandlung wurde der Bergmann Weibel, der am 27. November v. J. das Ehepaar Keumann und seine beiden Kinder in Saarbrücken mit einem Bell erschlagen hatte, viermal zum Tode verurteilt.

Wirtschaftlicher Wochenüberblick.

Die Effektenbörsen dieser Woche erlebten einen Einbruch in das Kursgebäude in einem Umfang, wie sie bis noch nie gesehen haben. Selbst die Baissa vom Dezember 1921, welche damals in manchen Kreisen geradezu ruhmde wirkte, zeigte nicht so gewaltige Kursabschläge. Und doch wurden diese Kursverluste leichter getragen als die im Jahre 1921, was seinen Grund darin haben dürfte, daß die derzeitigen Besitzer der Aktien nichts oder nur ganz wenig auf dieselben schuldig geblieben sind, während damals weite Kreise auf Kredit spekulierten und bei Gefährdung desselben sich Zwangsverkäufen unterwerfen mußten, die plötzlich viel Material an den Markt brachten. Diesmal sind es die Angstverkäufe, welche die durch die Steigerung der Devisen stark in die Höhe getriebenen Kurse wieder nach unten drückten. Dadurch, daß das an die Börse gekommene Material verhältnismäßig leicht Käufer fand, ist anzunehmen, daß man in diesen Kreisen mit einem baldigen Umschwung der gegenwärtigen Lage rechnen kann.

Die Stützaktion der Reichsbank für die Mark leitete einen Rückgang der fremdländischen Zahlungsmittel, welcher nicht mehr für möglich gehalten wurde, nachdem der Dollar am 31. Januar mit 50 000 M. bezahlt wurde. Bemerkenswert ist, daß die Dollarnotierungen in Berlin schon die ganze Woche ihren eigenen Weg gingen und erheblich unter Neuporter Parität blieben. Man möchte nur wünschen, daß die Reichsbank, die beinahe allein als Großabgeberin von Devisen am Marke war, so viele Bestände haben würde, die wirksame Aktion fortzusetzen. Wenn die Nachfrage nach Devisen seitens der deutschen Industrie und des Handels in vernünftigen Grenzen bleibt, könnte es vielleicht möglich sein, den Dollar deutscherseits auf einer beträchtlichen Höhe zu halten, umso mehr als der Reichsbank gegenwärtig Exportdevisen in reichlichem Maße zufließen.

Der Rückgang des Dollars war auf den Produktionsmarkt zunächst ohne nennenswerten Einfluß, da die heimische Landwirtschaft wenig Reizung zum Entgegenkommen zeigte. Das Geschäft blieb sehr ruhig, auch die Käufer bleiben abwartend, weil sie die Wirkung der bevorstehenden neuen Frachterhöhungen auf die Kaufverwehrenden neuen Frachterhöhungen auf die

Bretze beobachten wollten. Erst zum Schluss der Woche gingen infolge der Konkurrenz des Auslandsgetreides die Preise an. Stärker abzubrüden. Berlin notierte zuletzt für Weizen 50, Roggen 42, Gerste 44, Haber 39, Mais 45, Vittoriaerbsen 75—90, Speiseerbsen 65, Weizenmehl 70, Roggenmehl 65, Kleien 30 000 Mark.

Am Getreidemarkt sind die Preisermäßigungen am offensichtlichsten. Margarine ging je nach Qualität bis auf 3800—4630 M. pro Pfund zurück.

Auf dem Warenmarkt ist der Devisenrückgang auch nicht ohne Einfluß geblieben. Die Preise für Rohgarn wurden bereits ermäßigt.

Am Metallmarkt ist die Stimmung äußerst unsicher geworden, da unter Umständen ganze Existenzen gefährdet sind. Silber notierte zuletzt 360 M. pro M. pro Gramm, für Gold und Platin hörte man keine brauchbaren Notierungen, da die Kurse von Viertelkronen zu Viertelkronen schwanken. Der Banknotenumsatz wuchs um weitere 268,5 Milliarden M. auf 2253 Milliarden M.

Handel und Verkehr.

Der Dollar notierte am Freitag in Frankfurt 19 451,25 G., 19 548,75 Br., in Berlin 18 852,75 G. und 18 947,25 Br.

1 Schweizer Franken — 3591 G., 3609 Br.
1 Französischer Franken — 1167 G., 1172 Br.
1 holländischer Gulden — 7581 G., 7619 Br.
1 Pfund Sterling — 91 770 G., 92 230 Br.
1 Rhesische Krone — 563 G., 566 Br.
1 dänische Krone — 3690 G., 3709 Br.

Erhöhte Eisenpreise. Der Verein deutscher Eisenglebereien (Eisengleberverband). Sitz Düsseldorf, erhöhte die ab 1. Februar gültigen Preise für Lieferungen ab 16. Februar um 30 Prozent. Die Preise für Druckmuffrohre, Flanschen-Röhren, Formstücke, Vorwärmeröhren und Abschlusrohre werden um 20 Prozent erhöht.

Erhöhte Preise für Glühlampen. Von der Östram-G. wird mitgeteilt, daß der neue Zuschlag auf Glühlampen über 20 Volt, einschließl. Kohlenfadenslampen auf 11 900 Prozent erhöht wurde, derjenige für Lampen unter 20 Volt und für Telefonlampen auf 9900 Prozent mit Wirkung ab 15. Februar.

Stuttgarter Börse, 16. Febr. Am Freitag kamen Verkäufe in großer Zahl an die Börse. Die Kurse mußten beträchtlich weichen, doch war ein fester Unterton nicht zu verkennen. Jedenfalls wurde das heransommende Material ziemlich restlos aufgenommen. Stuttgarter Zucker war sogar 1000 Punkte höher als an der letzten Börse. — Am Freiverkehrmarkt waren die Umsätze wesentlich geringer, da sich die Käufer zurückhielten. Alle Werte verloren bis ¼ ihres Wertes. Es notierten: Vereinsbank 4000, Bad. Anilin 31 000, Brauhaus Ravensburg 4900, Wulle 8000, Zement Heidelberg 16 000, Talmir 11 900, Feinmechanik Tuttlingen 100 000, Höhrer Trossingen 50 000, Junghans 18 000, Kolb und Schale 20 000, Kraftwerk Altmühltemberg 6500, Maschinen Eßlingen 14 000, Deffer 12 000, Weingarten 25 000, Redarfalmer Fahrzeug 18 000, Baumw. Aachen 35 000, Ber. Hilfsfabr. 30 000. — Im Freiverkehr: Eßlinger Trifot 4000, Nictelgold 5000, Geisinger Maschinen 8000, Heilbronner Zucker 14 000, Weibrand 5700—4900.

Winnenden, 14. Febr. Dem Viehmarkt wurden zugeführt: 17 Ochsen, 30 Stiere, 29 Kühe, 22 Kalbinnen und 70 Stück Schmalvieh. Bezahlt wurde für 1 Paar Ochsen 7200 000, 1 Paar Stiere 3300 000, Kühe 1800 000—1800 000, trächtige Kalbinnen 2500 bis 3200 000, ein Stück Schmalvieh 600—800 000 M.

Handel und Verkauf waren bei steigenden Preisen sehr lebhaft. — Der Schweinemarkt war mit 120 Milch- und 4 Käuferchweinen besetzt. Der Preis bewegte sich zwischen 120—150 000 bzw. 200—250 000 M. Bei schleppendem Handel alles verkauft. — Dem Fruchtmarkt wurden 265 Htr. Haber, 99 Htr. Weizen, 10 Htr. Dinkel, 5 Htr. Roggen und 2 Htr. Gerste zugeführt. Preise je pro Htr. in 100 M.: Haber 30—40, Weizen 62—65, Dinkel 43—45, Roggen 58—60, Gerste 52. Bei großer Nachfrage rascher Absatz.

Wannheimer Produktendörse, 15. Febr. Infolge der Devisenrückgänge nahm der Markt einen schwachen Verlauf. Man nannte Weizen mit 110—115, Roggen 105—110, Haber 60—75 000 M. die 100 Kg. bahrfrei Mannheim. Mais war zu 103 000 M. die 100 Kg. ab Hamburg angeboten. Für Mehl haben die Mühlen den Richtpreis auf 220 000 M. festgesetzt, wogegen aus zweiter Hand zu 160 000 M. offeriert wird. Für Kleie verlangt man 58 000 M. ab fidd. Mühlen. Raufutter liegt ziemlich unverändert.

Letzte Nachrichten.

Der Reichspostminister im besetzten Gebiet.

WZB. Düsseldorf, 17. Febr. Der Reichspostminister Stings hat die von den Franzosen und Belgiern gegen die deutschen Minister eingerichtete Einreiseperrre durchbrochen. Der Minister reiste am 15. und 16. Febr. im Ruhrgebiet. Der Besuch galt den Städten Aßelödt, Duisburg, Mülheim/Ruhr, Essen, Bochum und Dortmund, wo er die Post- und Telegraphenämter besichtigte.

Die Verkehrsfrage.

WZB. Frankfurt a. M., 16. Febr. Im Bezirk Frankfurt, Korbis und Lier ist die Lage unerbäulich. Im Reichsbahndirektionsbezirk Mainz mußten die Stationsvorsteher von Heidsheim, Sudenheim und Uhlborn ihre Dienstwohnungen räumen, weil sie es abgelehnt hatten, sich anderen als deutschen Befehlen zu fügen. Die Hauptwache Mainz ist heute von 30 Franzosen besetzt worden.

Ungehörliche Strafen des franz. Kriegesgerichts.

WZB. Offen, 17. Febr. In der gestrigen Nachmittags-Sitzung des hiesigen Kriegesgerichts wurde trotz überzeugender Ausführungen des Verteidigers, Justizrat Niemayer, der die Freisprechung des Angeklagten verlangte, Oberbürger-

meister Garenstein zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. Der Bürgermeister Schäfer wurde wegen Verweigerung von 72 Automobilen und verschiedener Kohlenlieferungen, die auf Grund eines Requisitionsbefehls von ihm gefordert worden waren, zu 2 Jahren Gefängnis und 10 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Geschlossen.

WZB. Dortmund, 17. Febr. Als Protest gegen die Verletzung zweier Beamter haben die Geschäftskreise und die Gewerke ihre Lokale geschlossen.

Die Gewalt Herrschaft franz. Besatzmänner.

WZB. Dortmund, 17. Febr. Nach amtlichen Meldungen haben die franz. Soldaten den Befehl erhalten, jeden an Telegraphenlinien angetroffenen deutschen Beamten oder Arbeiter ohne Anruf zu erschlagen. Die Festhaltung und Fehlerbereinigungen an den Telegraphenleitungen ist damit unmöglich. Seitens der Oberpostdirektion wurde beim Oberkommandierenden, General Degoutte, sofort scharfer Protest eingelegt worden.

Sch'kerel.

WZB. Weßla, 16. Febr. Nach einer Mitternacht aus Essen drang gestern Abend eine Gruppe französischer und belgischer Soldaten in eine Wirtschaft in der Turmstraße ein und verschaffte sich mit Gewalt Getränke, nachdem ihnen deren Verabfolgung verweigert worden war. Als 2 Schuppolizeibeamte hinzukamen, entstand zwischen ihnen und den Soldaten eine Auseinandersetzung, in deren Verlauf die Franzosen und die Belgier mit ihren Revolvern drohten. Darauf zogen auch die Polizisten die Revolver. Es kam zu einer Schießerei, wobei 2 Franzosen und 2 Belgier so schwere Verletzungen erlitten, daß sie ins Krankenhaus verbracht werden mußten.

Rege Nachrichten aus Essen.

WZB. Essen, 16. Febr. Heute Mittag wurde das Polizeipräsidium von einer Kompanie Infanterie und Panzerautos umstellt. Niemand durfte aus dem Gebäude heraus und niemand durfte es betreten. In der Stadt wurden sämtliche Schupo-Beamtene, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, verhaftet. Das Stadttheater wurde für allen Verkehr geschlossen. Ein Doppelposten verhinderte das Betreten des Gebäudes. — Die gestrige Besetzung des Rathauses und des Stadttheaters ist nach den Angaben der Franzosen als eine Repressalie zu betrachten. Die Ursache der Repressalie konnte aber nicht angegeben werden.

Neber die Festigung des Polizeipräsidiums werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Um 11.30 drangen die Franzosen in größerer Zahl in das Gebäude ein. Sie verbreiteten sich auf die vier Stockwerke, drangen in sämtliche Büros ein und verboten jede Arbeit. Die Beamten mußten die Büros verlassen und auf den Flur treten. Alle mußten ihre Briefschaften abgeben, die durchsucht wurden. Ferner wurde eine Station nach Westen genommen. Von den vorgehenden Beamten wurden Regierungsrat Biedermeier, der Stellvertreter des Präfidenten und ein Regierungsdirektor verhaftet. Polizeirat Erner ging freiwillig mit den beiden Herren. Die übrigen Beamten mußten immer gruppenweise zu 5 und 6 das Haus, in dem die Franzosen Quartier bildeten, verlassen und sich nach Hause begeben. Bisher sind nur Franzosen in den Büros.

Wieder ein Eisenbahnunglück im besetzten Gebiet.

WZB. Düren, 17. Febr. Hier ist gestern wieder ein Eisenbahnunglück vorgekommen, der durch einen von belgischen Eisenbahnern gefahrenen Zug hervorgerufen wurde. Eine größere Anzahl Personen wurde verletzt. Im Anschluß an dieses Unglück und im Hinblick auf die zahlreichen in den letzten Tagen vorgekommenen Eisenbahnunglücke auf den militarisierten Strecken wird die Beobachtung zu ihrer eigenen Sicherheit sozusagen dringend vor der Benutzung der von landstremdem Personal gefahrenen Züge gewarnt.

Der franz. Bergarbeiterstreik.

WZB. Paris, 16. Febr. Der franz. Bergarbeiterstreik hat heute in verschiedenen Departements begonnen. Im Nord-Departement streiken etwa 20% der Bergarbeiter, im Süden der Loire 75—80%. In den anderen Departements ist die prozentuale Beteiligung der Arbeiterschaft am Streik viel geringer.

Terminermäßigungen für Militärrenten.

WZB. Berlin, 16. Febr. Der Haushaltsausschuß des Reichstags beschloß Terminermäßigungen für Militärrenten, wonach die im Januar d. h. d. Terminermäßigungen für Februar auf mehr als das Doppelte erhöht werden. Die Bezüge der nur auf Rente angewiesenen Schwerkrügelbedienstigten und Witwen werden darüber hinaus auf das 2½fache der Jannarbeiträge erhöht.

Schwere Stürme.

WZB. New-York, 16. Febr. Die Vereinigten Staaten werden von schweren Stürmen heimgesucht, die zu Wasser und zu Lande großen Schaden anrichten. Mehrere Schiffe strandeten, andere befinden sich in Seenot.

Unsere Postbezieher

machen wir höflich darauf aufmerksam, daß in diesen Tagen der Bezugspreis für den Monat März eingezogen wird. Wir bitten unsere Leser um rechtzeitige Bestellung der Zeitung, damit Störungen in der Zustellung vermieden werden.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul.
Druck und Verlagsort: der W. H. Müller'schen Buchdruckerei Altona.

Ämliche Bekannmachungen.

Änderung der Bezirksfeuerlöschordnung für den Oberamtsbezirk Nagold.

Das Oberamt hat durch Verfügung vom 26. 1. 1923 mit Zustimmung des Bezirksrats den § 3 der Bezirksfeuerlöschordnung geändert und die weiteren § 7 a und 12 a eingefügt.

Nachdem die Kreisregierung Neutlingen mit Erlaß vom 14. 2. 1923 Nr. 1048 die Vollziehbarkeit, vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung zu den Bestimmungen in 12 a ausgesprochen hat, werden nachstehend die neuen Bestimmungen bekanntgegeben:

§ 3 erhält folgende Fassung:

Erscheint auswärtige Hilfe geboten, z. B. beim Brand eines größeren Gebäudes oder bei Brand in einem eingedauten Ortsteil oder bei erhöhter Gefahr für benachbarte Gebäude oder bei Sturm usw., so ist in erster Linie die Kraftfahrprüge der Stadtgemeinde Nagold durch Fernsprecher (bei Nacht durch den Anfallmeldebüro) oder telegraphisch anzufordern. Die Absendung von Feuerboten oder Befehlen um Hilfe an die in § 5 zur Brandhilfe verpflichteten Gemeinden hat erst zu erfolgen, wenn eine telegraphische oder telefonische Verbindung mit der Anfallmeldestelle Nagold, Polizeiwache, Telefon Nr. 14, nicht in kürzester Zeit hergestellt werden kann.

§ 7 a.

Die Brandhilfeleistung erst ist in erster Linie für alle Gemeinden des Oberamtsbezirks Nagold durch die Kraftfahrprüge der Stadtgemeinde Nagold.

Den im Umkreis von 20 Km. Luftlinie gelegenen Gemeinden der Nachbarbezirke leistet die Kraftfahrprüge, soweit abkömmlich, in gleicher Weise Brandhilfe gegen Gefahr der erwachsenden Unkosten.

§ 12 a.

Die Kosten für Entsendung der Kraftfahrprüge nach Gemeinden des Oberamtsbezirks Nagold trägt die Amtsdörperschaft.

Für Brandhilfeleistung der Kraftfahrprüge in Gemeinden anderer Bezirke sind der Amtsdörperschaft Nagold die Kosten zu ersetzen.

Nagold, den 18. Februar 1923. Oberamt: *M. n. z.*

Grömbach.



Langholz-Verkauf.

Am Dienstag, den 20. Februar, nachmittags 3 Uhr kommen auf dem Rathaus in Grömbach ca. 158 Festmeter I.—VI. Klasse Langholz aus Abteilung Mastfeld, Parnwald, oberer Drehwald und Reumühlewald zum öffentl. Verkauf. Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Pfalzgrafenweiler.

Die Gemeinde verkauft aus dem Waldteil des Rodenwies, Göttesbuckel, Spielbergerweg und Schwende

227 Festmeter Stammholz

in allen Klassen im schriftlichen Aufsteig. Angebote sind am Mittwoch, den 21. Febr. d. J., vormittags 12 Uhr im Rathaus abzugeben.

Gemeinderat.

Birka 17 Km schönes heffelfertiges

Stockholz

verkauft am Montag, den 19. ds. Mts., mittags 1 Uhr

Wer? — sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Landwirte! Achtung! Dungkalk!

Von meinem Kalkwerk Pfundorf kann von jetzt ab 95%iger Dungkalk bezogen werden.

Derselbe ist von der landwirtschaftl. Versuchsanstalt Göttingen als ausgezeichnetster Dungkalk nach den gemachten Versuchen empfohlen worden.

Anlaufstelle: Direkt an der Staatsstraße Nagold-Weiberg.

Süddeutsches Kalksteinwerk
W. Haußler, Pfundorf.

Inserate haben besten Erfolg!

Kirn & Hanselmann
Landmaschinenhaus Schwarzwald

Fernsprecher 166. Freudenstadt, Büro Rappenstr. 21.

Hauptlager und Reparaturwerkstätte in Freudenstadt. Filiale in Nagold, Marktstr. 227, Fernsprecher 119. Lager in Simmersfeld bei Fr. Hanselmann, Reparaturwerkstätte in Simmersfeld ab 1. März 1923



Wir empfehlen unser reichhaltiges Lager in

Grasmäher, Getreideablagen, Getreidemäher, Heuwender, Heurechen, Schwadenwender, Fabrikat Epple & Buxbaum u. Fabr. Krupp, Düngerstreuer, Landsberger und Eberhardtspflüge, Saat-, Acker-, Wieseneggen, Kultivatoren, Sämaschinen, Dreschmaschinen, Strohpressen, Schrot- und Mahlmühlen, Füttererschneider, Putzmühlen, Jauchepumpen, Fütterdämpfer, Kartoffelwäscher, Butterfässer, Zentrifugen, Waschmaschinen, Nähmaschinen. Vorgelege, Transmissionen.

Mittelfeld.

Rotkeel - Samen
Ewigen Klee - Samen
Thymothegras - Samen
Angersien - Samen
Gelbe Rüben - Samen
Rohn - Samen
Futter-Rüben - Samen
Gemüse - Samen

aller Art
gut und preiswert
bei
Fr. Bühler jr.
(E. W. Kuh Nachfolger).

Serebsfett

das hervorragende
Schuh- u. Lederfett
— gelb und schwarz. —

Richtliche Nachrichten.

Samstag Invol., 18. Febr.,
Bundesbanktag, d. m.
10 Uhr Prebitt über
Jel. 2, B. 12, 15—17.
Bieb 303. Ausschließend
Abendmahlsfeier. Rein
Rindergottesdienst. Kirchen-
opfer. 1/2 bis 3/4. Studien-
hilfe. Nachm. 1/2 Uhr
Ehrentafel mit den
Söhnen.
Freitagabend 1/28 Uhr
B. bekunde im Luthersaal.

Mittwoch, den 18. Febr., vorm.
1/2 10 Uhr Ho. edienz Pre-
bittiger Schöpfer-...
vorm. 11 Uhr Sonntag-
schule, abends 1/28 Uhr
Prebitt.

Mittwoch, den 21. Februar,
abends 8 Uhr Bibel- und
Bebetunde.

Mittelfeld.

Ein zehliches, als zweites,
Mädchen
nicht unter 17 Jahren, kann
sofort oder 1. April einziehen
bei
Fr. Seeger
zur Traube.

Epielberg.

Einen noch neuen
Ambos

verkauft Joh. Bühler.
Kleesamen tauscht
gegen
dürres Brennholz.

Zwei erhaltige

Fäuser-
Schweine
ca. 2 1/2, guttner schwer, ver-
kauft
Georg Rupp
Saugenwald.

Zum

Verband

empfiehlt
Frachtbriefe
Begleitadressen
Anhängeadressen
Zustelladressen
Packpapiere
Weißemwickelpapier
Pergament-Ersatz
Echt Pergament
die

W. Riecher'sche Buchh.
Mittelfeld.

Schönwälder.

Schönwälder-Freudenstadt:
Anna Sulenderger.

**Forstamt Klosterreichenbach
Nadelholzstangen-
Verkauf**

am Freitag, den 23. Febr.
1923 vormittags 10 Uhr
im Saal im Klosterreichen-
bach aus Staatswald I., III.,
V. und VI.: No.-St. Ia 103,
Ib 599, II. 1256, III. 730,
Dozst. I. 51, II. 730, III.
1271; Dyp.-No. I. 1600, II.
2712, III. 297, IV. 1167,
V. 1479; No.-St. I. 2471,
II. 390 u. d. Besondere-
nisse von der Forstdirektion
W. J. G. Stuttgart.



Arb.-Gesang-
„Sängerlust“
Mittelfeld.
Heute Abend 8 Uhr
Versammlung
im „Schwanen“. Neue
Mitglieder sind willkommen.
Mittelfeld.
Verkauf eines
Kirchbänke **zum**
etwa 1 Pf. **Jakob Seeger.**

Mittelfeld.

Ia amerik. Schweine-Schmalz
Ia Kokosfett, lose
Wizona Kokosfett in 1 Pfd. Tafeln
Margarine in 1 Pfund Tafeln
von heute ab

zu bedeutend herabgesetzten Preisen
empfiehlt

Ehr. Burghard jr.

Ettmannsweiler.

Todesanzeige



Meine geliebte Schwester, meine liebe
Tante

Barbara Waidelich

wurde uns am Donnerstag Abend nach
längerer Krankheit im Alter von 52
Jahren durch den Tod entrissen.

In tiefer Trauer
die Schwester: Christine Waidelich
der Nefte: Philipp Waidelich,

Beerdigung Montag, vormittags 11 Uhr

Lorenz Luz jr. Altensteig
Spezialhaus für Jagdgerätschaften.
Doppelrinten - Büchsfinten,
Drillings,
Draht- und Scheibenbüchsen
Revolver u. Mehrladepistolen.
Gewehre,
Luftgewehre u. Zimmerstutzen,
allerlei Munition.
Rucksäcke Isolerflaschen Jagdtische, Gamaschen,
Jagdtaschen, Wildleder, Nocken, Feldbestecke,
Nachpfeife, Feuerzeuge usw. — Billige Preise!
Solide Arbeit!

Hilfe für das Ruhrgebiet!

Der Kampf, der im Ruhrgebiet gegen die Will-
kür eines brutalen Feindes gekämpft wird, ist unser
Kampf. Unsere deutschen Bekämpfer im Ruhrgebiet tätige
Hilfe zu bringen, ist in diesem Kampf zu unterstützen,
ist unsere Pflicht.
Belgaben nehmen Sie bekannt geg. benan. Stellen, sowie die
Geschäftsstelle ds. Bl. entgegen.